

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

Koalitionsverhandlungen im Bund, Nachtragshaushalt in Bayern, Trumps Zoll-Hammer und schließlich der erste Auftritt der „SchRoKo“: Diese Woche haben uns gleich mehrere Themen mit weitreichenden Folgen für Bayern beschäftigt. Deshalb die gute Nachricht vorneweg: Mit dem Nachtragshaushalt für 2025 ist es uns gelungen, trotz angespannter Zeiten für finanzielle Stabilität im Freistaat zu sorgen. Der Nachtragshaushalt war notwendig geworden, weil massive Steuerausfälle in Höhe von 1,3 Milliarden Euro, Steuerrückzahlungen in Höhe von 500 Millionen Euro aufgrund der Ergebnisse des Zensus und die zusätzlichen Leistungen des Freistaats in Höhe von 608 Millionen Euro an die Kommunen eine Nachjustierung des Haushalts erforderlich gemacht hatten. Nach intensiven Beratungen mit dem Finanzminister und unserem Koalitionspartner haben wir es geschafft, einen echten „Zukunftshaushalt“ auf den Weg zu bringen: Mit einer bundesweit herausragenden Investitionsquote in Höhe von 15 Prozent stellen wir die Weichen für Innovation und Fortschritt – insbesondere in den Kernbereichen Wirtschaft, Bildung und Forschung. Außerdem sorgen wir bei den Kommunen für finanzielle Stabilität und Zukunftsfähigkeit. Um künftig handlungsfähig zu bleiben, muss sich aber insbesondere die Wirtschaftspolitik des Bundes massiv zum Besseren wenden. Zudem erwarten wir von der neuen Bundesregierung ein umfassendes Strukturreformpaket, um die Finanzkraft der Kommunen dauerhaft sicherzustellen, einen massiven Abbau von Bürokratie, Reformen bei der Sozialgesetzgebung, um Bezirke und Kommunen zu entlasten, eine deutlich stärkere Förderung des ländlichen Raums und eine tiefgreifende Reform des Verbandsklagerechts, damit Sachmittel für NGOs künftig zielgerichteter verwendet werden.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Ihr Florian Streibl MdL



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2 UND 3:

UNSERE REAKTIONEN
AUF TRUMPS ZOLL-
IRRSINN

SEITE 4:

STROMNETZ-
STABILITÄT
GEWÄHRLEISTEN!

SEITE 7:

KEINE ZUSÄTZLICHEN
BELASTUNGEN FÜR
GASTRONOMIE UND
WIRTSCHAFT!

SEITE 9:

UNSERE SOCIAL
MEDIA-BEITRÄGE –
DANKE FÜRS TEILEN!

RÜCKBLICK

Als Reaktion auf Trumps Strafzölle: US-Tech-Riesen europaweit zur Kasse bitten!

Erst ankündigen, dann einführen, nun aussetzen: Dem Zoll-Wahnsinn der Regierung Trump kann Europa nicht tatenlos zusehen. Eine entschlossene Gegenreaktion ist der einzige Weg, um die USA als wichtigsten Exportpartner Bayerns an den Verhandlungstisch zu holen und Schadensbegrenzung zu betreiben. Unser Digitalminister Dr. Fabian Mehring hat dazu eine Digitalsteuer vorgeschlagen: US-Tech-Riesen mit einem Jahresumsatz über 750 Millionen Euro sollten europaweit zur Kasse gebeten werden, sollte Trump auf seinen Strafzöllen beharren.

Dem Beispiel Frankreichs folgend, könnten in einem ersten Schritt drei Prozent der Umsätze mit digitalen Services als Steuer erhoben werden. Das träfe die US-Wirtschaft, die im Dienstleistungsbereich riesige Exportüberschüsse erzielt, an einer empfindlichen Stelle. Die großen Anbieter von Software, Clouddiensten oder Onlinemarktplätzen würden belastet. Unsere heimischen Digital-Startups wären dagegen nicht von der Steuer betroffen. Langfristiges Ziel muss aber sein, Handelskonflikte zu lösen und Zölle sowie Gegenmaßnahmen wieder zurückzufahren. Mehr [HIER](#).

Trumps Zoll-Irrfahrt: Rasch neue Absatzmärkte erschließen!

Trumps außenhandelspolitischer Konfrontationskurs trifft auch die landwirtschaftlichen Betriebe in Europa hart. Denn bislang sind die USA gerade für die EU-Milchindustrie ein wichtiger Absatzmarkt. Angesichts der engen Margen werden hiesige Molkereien, aber auch Obst- und Gemüse-produzierende Landwirte sowie tierhaltende und fleischverarbeitende Betriebe nicht umhin kommen, die zusätzlichen Abgaben an die US-Verbraucher weiterzugeben. Inwiefern es in der Folge zu einem Exporteinbruch kommt, bleibt abzuwarten, aber die EU ist gut beraten, jetzt zügig neue Geschäftsbeziehungen aufzubauen.

Denn sie hat nun die Chance, sich bei jenen Ländern, mit denen die USA ein Handelsdefizit ausweisen, als verlässlicher und fairer Handelspartner in Stellung zu bringen und etwaige bestehende Exportbeschränkungen zu beenden. Vor allem in Japan, China und Südkorea könnten sich für EU-Agrarbetriebe Exportchancen für

Milchprodukte und Schweinefleisch eröffnen, wenn diese Länder mit Gegenzöllen auf US-Produkte reagieren.

Wenn wir es klug anstellen und als Freistaat Bayern selbstbewusst auftreten, könnten wir zudem unabhängig von den Bemühungen der EU zusammen mit der bayerischen Agrarbranche Handelsbeziehungen aufbauen und vertiefen. Es war seitens des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums unter Helmut Brunner und seinen Vorgängern bewährte Praxis, mittels Delegationsreisen bestehende Beziehungen zu potenziellen Handelspartnern zu vertiefen und Geschäftsverbindungen zu begründen. Landwirtschaftsministerin Kaniber wäre gut beraten, diese fruchtbaren Austausch wieder einzuführen. Mehr [HIER](#).

Unser Dringlichkeitsantrag: Transatlantischer Dialog statt Handelskrieg

Nach den von der US-Regierung verhängten massiven Strafzöllen auf Importe aus der EU suchen wir nach Auswegen aus der Krise. Mittels Dringlichkeitsantrag haben wir diese Woche gefordert, auf europäischer Ebene entschieden gegenzusteuern. Schließlich schaden Protektionismus und Nationalismus der bayerischen Wirtschaft und gefährden Arbeitsplätze im Freistaat. Statt eines Handelskriegs brauchen wir jetzt einen transatlantischen Dialog.

Denn ein Zollschock dieser Dimension droht das Wirtschaftswachstum Bayerns massiv zu bremsen. Im vergangenen Jahr exportierte der Freistaat Waren im Wert von rund 29 Milliarden Euro in die USA – vor allem Autos und Maschinen. Damit sind die USA Bayerns wichtigster Exportmarkt. Wegen Trumps Zoll-Hammer befürchten wir steigende Preise, sinkende Unternehmensgewinne und das Umleiten globaler Warenströme, etwa aus China – mit zusätzlichem Wettbewerbsdruck für heimische Betriebe.

Wir fordern deshalb, dass sich Bayern auf Bundes- und EU-Ebene für eine geschlossene, wirksame Antwort einsetzt. Diese muss rechtliche Instrumente zum Schutz vor wirtschaftlichem Zwang umfassen – bis hin zu Gegenmaßnahmen wie Zöllen, Importbeschränkungen oder Einschränkungen bei US-Dienstleistungen. Auch eine Digitalsteuer auf europäische Umsätze der US-Tech-Giganten wäre ein wirksames Instrument, um die USA an den Verhandlungstisch zu bringen.

Wichtig ist aber auch die strategische Marktdiversifizierung: Bayerische Unternehmen sollten deshalb bei der Erschließung neuer Absatzmärkte gezielt unterstützt werden. Auch eine grundlegende Reform des europäischen AI Acts ist erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer KI-Unternehmen gegenüber US-Konzernen zu stärken. Mehr [HIER](#).

Unser Dringlichkeitsantrag: Stromnetzstabilität gewährleisten!

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein großer Erfolg – sowohl in Bayern als auch ganz Deutschland. Die Stromversorgung wird dadurch nicht nur klimafreundlicher. Auch Abhängigkeiten von Energieimporten aus dem Ausland verringern sich. Dennoch kommen die Stromnetze zunehmend an ihre Belastungsgrenzen. Um Stromnetzstabilität zu gewährleisten, haben wir diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag eine bessere Steuerbarkeit von Erneuerbare-Energien-Anlagen gefordert.

Zur Sicherung der Netzstabilität müssen größere PV-Anlagen durch die Netzbetreiber steuerbar sein. Wenn an Feiertagen wie Ostern und Pfingsten große Strommengen aus Wind und Photovoltaik erzeugt werden und gleichzeitig wenig Strom verbraucht wird, können diese Anlagen zur Netzentlastung abgeregelt werden.

Allerdings erfüllen nicht alle Anlagenbetreiber ihre gesetzliche Verpflichtung. Die mangelnde Abregelbarkeit mancher Anlagen bedeutet, dass Netzbetreiber früher zu Notmaßnahmen gezwungen sind – wie etwa der temporären und kontrollierten Abschaltung ganzer Netzbereiche. Würde jedoch die Stromversorgung wegen Erzeugungsüberschüssen aus Wind und Photovoltaik weniger zuverlässig, so wäre auch der gesellschaftliche Rückhalt für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Gefahr. Deshalb sind dringend weitere Maßnahmen zur besseren Steuerbarkeit erforderlich.

Die mit dem Solarspitzenengesetz geschaffene Möglichkeit zur Netztrennung von Anlagen, deren Betreiber ihre gesetzlichen Pflichten verletzen, geht in die richtige Richtung. Aber: Für die unmittelbar bevorstehenden Zeitfenster mit je nach Witterung potenziell sehr hoher EE-Einspeisung und gleichzeitig geringem Stromverbrauch braucht es wirksame Lösungen – und zwar schnell. Der Bund muss hierfür die gesetzlichen Grundlagen schaffen.

Mehr [HIER](#). Zum Reel mit unserem energiepolitischen Sprecher Josef Lausch geht's [HIER](#).



Fraktion fordert sachgerechten Umgang mit fischfressenden Vogelarten

Unsere Fraktion bringt ein umfassendes Antragspaket zum umweltpolitisch-datenbasierenden Handeln in den Bayerischen Landtag ein. Es zielt auf einen sachgerechten und ausgewogenen Umgang mit fischfressenden Vogelarten ab – vor allem im Spannungsfeld zwischen Silberreiher, Gänsesäger und Fischerei.

Unser Ziel ist es, auf Basis belastbarer Daten langfristige Lösungen zu entwickeln, die sowohl den Schutz aquatischer Ökosysteme als auch die Existenzsicherung der Teichwirtschaft ermöglichen. Dabei wollen wir kein Entweder-Oder, sondern ein



Miteinander auf Basis von Fakten. Nur mit einer soliden Datenlage können wir zielgerichtete Maßnahmen entwickeln, welche die Interessen beider Seiten in fairer Weise berücksichtigen. Im Mittelpunkt der Anträge steht der Aufbau einer wissenschaftlich fundierten Datengrundlage zu Bestand, Brutverhalten, Populationsentwicklung, Schlafplätzen und Nahrungsgebieten von Silberreiher und Gänsesäger.

Ebenso sollen Schäden, die durch diese Arten verursacht werden, systematisch erfasst und analysiert werden. Auf Basis dieser Erkenntnisse wollen wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag konkrete Handlungsempfehlungen für Vollzugsbehörden entwickeln. Gerade die Teichwirtschaft steht vor enormen Herausforderungen. Hoher Fraßdruck durch Prädatoren wie Gänsesäger und Silberreiher gefährdet die Existenz vieler Betriebe. Es ist höchste Zeit, dass wir wissenschaftlich fundiert gegensteuern. Zudem dürfen Hochwasserereignisse nicht dazu führen, dass laufende Forschungsprojekte aus dem Takt geraten – auch hier braucht es eine realistische Anpassung der Zeitrahmen.

Mehr [HIER](#).

KURZNEWS

Zweite Stammstrecke: Gesamtkosten werden jetzt auf 9,4 Milliarden Euro geschätzt

Endlich hat die Bahn eine neue Schätzung der Baukosten für die Zweite S-Bahn-Stammstrecke vorgelegt: Wir müssen nun mit Gesamtkosten von rund 9,4 Milliarden Euro rechnen. Auf Grundlage des Preisniveaus von 2021 sind wir bislang von etwa 7 Milliarden Euro ausgegangen. Verantwortlich für die Kostensteigerung sind die allgemeinen Preissteigerungen am Bau. Wichtig ist: Durch den Fortschritt beim Bau und den Auftragsvergaben – wie zuletzt für den Tunnelbau am Ostbahnhof – wird das Risiko von negativen Kostenüberraschungen schrittweise weiter sinken. 1,4 Milliarden Euro der Bausumme sind bereits verbaut. Wir werden das Großprojekt weiterhin genau im Blick behalten. Denn dass die Bahn bisher nicht alle Fragen des Bauministeriums zufriedenstellend beantworten konnte, zeigt, wie wichtig die intensive Begleitung des Projekts ist. Mehr [HIER](#).

Bewilligungsstopp bei der Wohnraumförderung: Fraktion fordert Bayerisches Bauministerium zu mehr Transparenz auf

In den vergangenen Wochen wurde die Bewilligung zahlreicher neuer Projekte im geförderten Wohnungsbau Bayerns auf Eis gelegt. Gestiegene Zinsen und Baukosten sowie verbesserte Förderkonditionen haben die Nachfrage nach Förderungen in die Höhe schnellen lassen. Für neue Förderzusagen fehlt jetzt das Geld. Bauvorhaben wurden jedoch mit Zustimmung der Behörden bereits zum sogenannten „Vorzeitigen Maßnahmenbeginn“ begonnen, obwohl die formale Förderzusage noch aussteht. Nun herrscht große Verunsicherung, wie diese Projekte weitergeführt werden können. Etliche neue Baumaßnahmen waren in Vorbereitung – nun sind viele Projekte plötzlich fraglich. In den vergangenen Jahren haben wir das Stop-and-go bei der KfW-Förderung des Bundes kritisiert. Der Anspruch unserer Bayernkoalition muss ein anderer sein. Es mag schwierig sein, kurzfristig zusätzliche Fördermittel zu mobilisieren. Aber wir erwarten eine verlässliche Information der Betroffenen. Es ist keine Lösung, wie ein Kaninchen vor der Schlange zu stehen. Das Bayerische Bauministerium muss zumindest Transparenz darüber herstellen, wie lange der Bewilligungsstopp gelten wird, wann Projekte mit vorzeitigem Maßnahmenbeginn eine verbindliche Förderzusage erhalten können, welche Regionen und Programme genau betroffen sind

und weshalb bislang weder Antragsteller noch Öffentlichkeit, Kommunen oder der Landtag über den Bewilligungsstopp informiert wurden. Mehr [HIER](#).

Unsere Forderung: AfD-Verbot jetzt!

Es ist erschreckend, dass die in Teilen als gesichert rechtsextrem geltende AfD in einer Wahlumfrage erstmals vor den Unionsparteien liegt. Dieses Ergebnis muss uns Demokraten alarmieren, weil die Programmatik der AfD nicht auf dem Boden des



Grundgesetzes steht. Ein Verbotsverfahren ist überfällig! Unsere Demokratie muss endlich wieder wehrhaft werden. Sie muss eine politische Kraft, die keinen Hehl daraus macht, die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands zu verachten, mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen. Der neue Bundestag sollte zügig ein Verfahren zum Verbot der AfD einleiten. Zugleich muss die künftige Bundesregierung endlich konkrete Maßnahmen umsetzen, die den Menschen in Deutschland wieder Zuversicht vermitteln: verlässliche Infrastruktur, sichere Arbeitsplätze, florierende Wirtschaft, bezahlbares Wohnen und eine effektive Steuerung der Migration im Interesse unseres Arbeitsmarktes. Mehr [HIER](#).

Verpackungssteuer: Fraktion lehnt zusätzlichen Belastungen für Wirtschaft und Gastronomie ab

Wir lehnen eine Einführung lokaler Steuern auf Einwegverpackungen für Speisen und Getränke ab. Leider enthält der Berliner Koalitionsvertrag keine Vorkehrungen gegen einen drohenden Flickenteppich solcher Steuern. Jetzt müssen wir in Bayern das Heft in die Hand nehmen. Das Bayerische Innenministerium ist gefordert, die notwendigen Schritte für ein landesweites Verbot einer Verpackungssteuer einzuleiten.

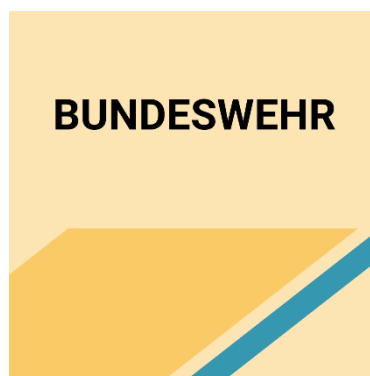
Unsere bayerische Gastronomie, der Einzelhandel sowie Bäcker und Metzger stehen wegen steigender Ausgaben für Personal und Energie ohnehin unter massivem Druck. Zusätzliche Belastungen treffen insbesondere kleine und mittelständische Betriebe, die teils noch immer mit den Folgen der Corona-Pandemie und der

Konsumzurückhaltung infolge der schlechten Wirtschaftslage zu kämpfen haben. Die Betriebe müssten dann noch mehr Dokumentationspflichten als bisher nachkommen – das kann niemand ernsthaft wollen. Von Ort zu Ort müssten dann unterschiedliche Regelungen befolgt werden – für Betriebe mit mehreren Filialen ist das ein absoluter Irrsinn. Zudem ist die behauptete steuernde Wirkung auf das Müllaufkommen bislang nicht überzeugend belegt. Bayern braucht weniger Verwaltungsaufwand – nicht mehr. Mehr [HIER](#).

Viele Hausaufgaben für die „SchRoKo“

Die Koalitionsverhandlungen im Bund sind diese Woche zu Ende gegangen. Wir haben die Zeit bis zur Vorstellung des Koalitionsvertrags genutzt, um den Koalitionären zahlreiche Hausaufgaben ins Heft zu schreiben. Alle Details zu unseren Forderungen erhalten Sie über einen Klick auf den jeweiligen Link oder die betreffende Kachel!

- **Klimaschutz:** [Mehrgefahrenversicherung muss gestärkt werden](#)
- **Bundeswehr:** [Verteidigungsausgaben auf drei Prozent des BIP erhöhen](#)
- **Digitalisierung:** [Unterbrechungsfreies Internet und Telefonie bis 2026](#)
- **Naturschutz:** [Landwirtschaft und Naturschutz Hand in Hand](#)
- **Pflege:** [Kosten für Pflegeversicherung reduzieren](#)
- **Bildung:** [Kommunen beim Ganztagsanspruch stärker unterstützen](#)
- **Zivilschutz:** [Mindestens ein Prozent des BIP für Zivilschutz](#)
- **Hochschulen:** [Bafög-Reform, Begabtenförderung, günstiger Wohnraum](#)



NATURSCHUTZ

PFLEGE

**BILDUNGS-
POLITIK**

ZIVILSCHUTZ

HOCHSCHULE

UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜR'S TEILEN!



#MemesDerWoche: Dialog statt Handelskrieg!

Protektionismus und Nationalismus schaden der bayerischen Wirtschaft und gefährden Arbeitsplätze im Freistaat. Daher steht für uns fest: Statt eines Handelskriegs brauchen wir jetzt einen transatlantischen Dialog. Als FREIE WÄHLER-Fraktion setzen wir auf freie Märkte, internationale Zusammenarbeit und starke Handelsbeziehungen – nicht auf Abschottung. Jetzt ist es von größter Bedeutung, neue Freihandelsabkommen

voranzubringen – etwa mit Indien oder den Mercosur-Staaten. Nur so sichern wir Zukunft, Wohlstand und Stabilität in Bayern. Mehr [HIER](#).

#ReelDerWoche: Der Wolf gehört ins Jagdrecht!

Wir müssen den Wolf umgehend in das Bayerische Jagdrecht aufnehmen. Nur so können schnelle und effiziente Entnahmen unmittelbar nach der Herabstufung des Schutzstatus gewährleistet werden. Unser Jagdminister Hubert Aiwanger hat mit seinem Entwurf eines Jagdgesetzes einen ausgewogenen und mit allen Betroffenen abgestimmten juristischen Rahmen vorgelegt, der auch die Übernahme des Wolfs ins Jagdrecht vorsieht. Nachdem sich unser Koalitionspartner bislang leider nicht durchringen konnte, dem neuen Jagdgesetz zuzustimmen, hoffen wir auf mehr Entscheidungsfreude auf Bundesebene.

Zum YouTube-Short mit unserem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Nikolaus Kraus geht's [HIER](#).



Folgen Sie uns:

<https://www.facebook.com/fwlandtag>

<https://www.instagram.com/fwlandtag/>

<https://www.youtube.com/@fwlandtag>

<https://www.threads.net/fwlandtag>

<https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social>

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287

E-Mail: info@florian-streibl.de

Homepage: www.florian-streibl.de